Zeitlicher Rahmen des Erweiterungsbeitrags



Warum?

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag...

- unterstützt die Erweiterung der EU, welche einen grossen Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent bedeutet:
- fördert die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten und reduziert so Ungleichheiten innerhalb der EU;
- ist Ausdruck der schweizerischen Solidarität:
- festigt die Beziehungen zur EU, der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnerin der Schweiz:

- - stärkt die bilateralen Beziehungen der Schweiz zu den neuen EU-Mitgliedstaaten;
 - trägt dazu bei, dass Schweizer Unternehmen von neuen Geschäftsmöglichkeiten profitieren können:
 - fördert den Umwelt- und Klimaschutz;
- schafft und unterstützt beratende und institutionelle Partnerschaften zwischen der Schweiz und den Partnerländern.



Über **100 Millionen** Menschen leben in den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten. Dies entspricht einem Fünftel der EU-Bevölkerung.

Der Schweizer Beitrag zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der EU beträgt 1,257 Milliarden Franken.

Der Erweiterungsbeitrag fördert rund 285 Pro-

In Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn fliessen mehr als 40% des Projektbudgets in die strukturschwachen Regionen.

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Ressort Erweiterungsbeitrag

Telefon: +41 31 322 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

swiss-contribution@deza.admin.ch

Holzikofenweg 36

Freiburgstrasse 130

Telefon: +41 31 322 68 46

3003 Bern

3003 Bern

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Weitere Informationen und Kontakte

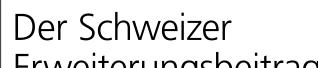
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

In den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten ist jeder vierte Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos.

Die durchschnittliche Kaufkraft der zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten beträgt rund 50% der Schweizer Kaufkraft.

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag entspricht rund **0,8% der EU-Leistungen** für die Kohäsion in den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten.

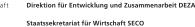
Die Partnerstaaten tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selbst.



Der Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union

Erweiterungsbeitrag



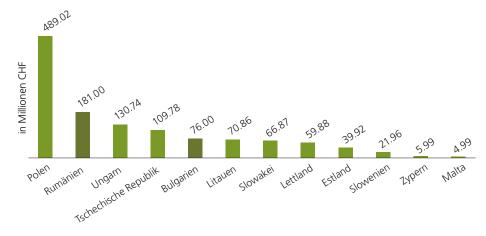




Im November 2006 haben die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Bundesgesetz Ost) genehmigt. Das Volk hat damit auch die Absicht geäussert, sich finanziell am Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU zu beteiligen.



Geografische Aufteilung des Erweiterungsbeitrags



Wer?

Im Juni 2007 genehmigte das Parlament einen Rahmenkredit von einer Milliarde Franken zugunsten der zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Im Dezember 2009 sprach es einen zweiten Rahmenkredit von 257 Millionen Franken zugunsten der 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien.

• Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die zwölf Partnerstaaten erfolgt nach einem Verteilschlüssel, dessen Grundlage die Bevölkerungsgrösse und das Pro-Kopf-Einkommen bilden.

- Die Schweiz hat mit jedem Partnerstaat ein bilaterales Rahmenabkommen abgeschlossen. Sie entscheidet in Absprache mit den Partnerländern und unabhängig von der EU, welche Proiekte sie unterstützt.
- Begleitet wird die Umsetzung der Projekte von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sowie den gemeinsamen Büros in Warschau, Riga, Prag, Budapest, Sofia und Bukarest.





Wie?

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU bei. Um dies zu erreichen, verfolgt jedes Projekt eines der fünf übergeordneten Projektziele:





Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Rund 25% des Gesamtbudgets

Kleinunternehmen sind die Hauptantriebskraft für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Die Forschung bildet eine wichtige Grundlage für Innovationen, welche ihrerseits die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nachhaltig prägen. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Kleinunternehmen erleichtern
- Tourismus, soziale Verantwortung und Vermarktung regionaler Produkte f\u00f6rdern
- Finanzsektor besser regulieren
- Forschungsstipendien und -partnerschaften unterstützen



Mikrokredite gegen die O-Arbeitslosigkeit in Lettland

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat Lettland besonders hart getroffen. Die Arbeitslosenquote stieg 2010 auf knapp 20 Prozent. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, unterstützt die Schweiz ein Mikrokreditprogramm in Lettland. Sie begünstigt damit weitere Firmengründungen und somit auch die unternehmerische und wirtschaftliche Entwicklung Lettlands. Ziel ist es, mit dem Programm rund 1'000 Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen.

Schweizer Beitrag: 7,9 Mio. CHF Projektdauer: 2011–2015

Soziale Sicherheit erhöhen Rund 15% des Gesamtbudgets

Ein guter Zugang zu möglichst moderner medizinischer Versorgung und die Möglichkeit, sinnvolle und zeitgemässe soziale Dienstleistungen beziehen zu können, tragen zur Gesundheit der Bevölkerung bei. Dabei spielt auch die Prävention eine tragende Rolle. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Spitäler und Gesundheitszentren modernigieren
- Spitex-Dienste und Zugang zu Gruppenkliniken fördern
- Kampagnen zur Gesundheitsprävention lancieren
- Lebensqualität in Heimen und Gemeinschaftszentren verbessern
- Verschiedene soziale Dienstleistungen wie öffentlichen Schultransport optimieren oder Rettungsdienste modernisieren

Unterstützung der OROMAKEI

Dieses Projekt unterstützt die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der oft an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Romabevölkerung im Osten der Slowakei. Insgesamt werden drei neue Gemeinschaftszentren gebaut und sieben bestehende saniert. In diesen Zentren werden Schul- und Berufsbildung sowie Beratungen im Gesundheitsbereich für 12'000 Roma angeboten. Dadurch verbessert das Projekt die Chancen der Roma auf dem Arbeitsmarkt.

Schweizer Beitrag: 1,4 Mio. CHF Projektdauer: 2012–2017





Rumänien

Bulgarien

Polen

Ungarn

Tschechische Republik



Verbesserter Grenzschutz in Polen

Die Anforderungen an die polnischen Grenz-kontrollen sind seit dem EU-Beitritt des Landes im 2004 stark gestiegen. Die Schweiz unterstützt die Modernisierung und den Ausbau eines Grenzpostens und finanziert daneben Aus- und Weiterbildungsmassnahmen für die polnischen Grenzwächter. Im Rahmen dieses Projekts findet zudem ein fachlicher Austausch zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung und ihren polnischen Kollegen statt.

Schweizer Beitrag: 15,9 Mio. CHF Projektdauer: 2012–2015

Öffentliche Sicherheit erhöhen Rund 10% des Gesamtbudgets

Sichere, moderne Aussengrenzen und ein transparentes und effektives Justizwesen sind zentrale Elemente eines modernen demokratischen Staates. Der Beitrag der Schweiz ist der folgende:

- Gerichtswesen modernisieren
- Schengengrenzen sichern
- Verkehrssicherheit f\u00f6rdern
- Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen
- Naturkatastrophen wie Hochwasser verhindern und bewältigen

Zivilgesellschaft stärken

Rund 10% des Gesamtbudgets

Die Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Teil zur Entwicklung eines Landes. Nichtregierungsorganisationen und Vereine geben dem Volk eine Stimme und fördern die lokalen Regionen in den unterschiedlichsten Themenbereichen wie Gesundheit, Umwelt oder Kultur. Die Schweiz leistet dazu folgenden Beitrag:

- Nichtregierungsorganisationen unterstützen und ihre Entwicklung stärken
- Bilaterale Partnerschaften mit Schweizer Institutionen f\u00f6rdern und ausbauen

OTrinkwasserversorgung in Ungarn

Ein Teil der Wasserversorgungsinfrastruktur in Ungarn ist 50 bis 60 Jahre alt und in einem schlechten Zustand. Dank dem Erweiterungsbeitrag kann Ungarn 100 Kilometer Rohrleitungen renovieren und 40 Kilometer neu verlegen. Asbestrohre werden durch Kunststoffrohre ersetzt. Es kommt zu weniger Rohrbrüchen, wodurch die Unterhaltskosten sinken. Für 200'000 Einwohner verbessert sich die Wasserqualität.

Schweizer Beitrag: 24,9 Mio. CHF Projektdauer: 2010–2016



Umwelt schützen

Rund 40% des Gesamtbudgets

Fit für die Zukunft – die Bereitstellung von Infrastrukturen in den Bereichen Wasser, Abfall und öffentlicher Verkehr sind Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung. Ausserdem gibt es im Umweltbereich grosse Aufgaben anzugehen. Der Beitrag der Schweiz ist der folgende:

- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung verbessern
- Erneuerbare Energien fördern und Gebäude energieeffizient sanieren
- Umweltüberwachungsstationen mit modernen Geräten ausrüsten
- Giftige Abfälle sachgerecht entsorgen und verseuchte Industriegelände sanieren
- Biologische Vielfalt und Natur schützen sowie die Bevölkerung für die Nachhaltigkeit sensibilisieren

